

Gemeinsamer Antrag der Parteien im Beirat Borgfeld

für die öffentliche Beiratssitzung am 21. April 2026

der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Borgfeld kritisiert die Planungen des Amts für soziale Dienste im Sozialzentrum 5 (AfSD), die zu einer massiven Reduzierung des Angebots im Freizi Borgfeld bis hin zu einer faktischen Schließung führen in 2027. Der Beirat fordert das AfSD daher auf, dem Jugendhilfeausschuss einen Verteilungsvorschlag für die OKJA-Mittel vorzulegen, der ab 2027 den zielgerichteten Einsatz der im neuen Bedarfsermittlungsverfahren festgestellten stadt- und ortsteilbezogenen Bedarfe sicherstellt. Dies bedeutet insbesondere den Erhalt des Freizi Borgfelds als institutionell geförderte Einrichtung, zum Beispiel im Verbund mit dem Freizi Horn unter der gemeinsamen Trägerschaft des DRK. Eine Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Borgfeld allein über Projektmittel stellt nicht annähernd einen Ersatz für die aktuelle Förderung da.

Der Beirat Borgfeld erklärt sich zudem solidarisch mit den Forderungen der übrigen Beiräte im Bereich des Sozialzentrums 5 nach einem Erhalt der etablierten OKJA-Angebote.

Begründung

Mit Schreiben vom 24.02.2026 haben das Amt für Soziale Dienste (AfSD) und die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration den betroffenen Beiräten auf Grundlage der Planungskonferenz im Sozialzentrum 5 einen Vorschlag zur künftigen Verteilung der Fördermittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit vorgelegt.

Der vorliegende Vorschlag hätte faktisch das Ende der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Borgfeld zur Folge. Während die Mittel im gesamten Sozialzentrum 5 um rund 27 Prozent steigen sollen, sieht der Vorschlag für Borgfeld keinerlei institutionelle Förderung mehr vor.

Der Beirat Borgfeld widerspricht diesem Ansatz ausdrücklich und fordert das AfSD und die Senatorin auf, einen tragfähigen Vorschlag vorzulegen, der den vom Amt selbst festgestellten Bedarfen der Kinder und Jugendlichen in Borgfeld gerecht wird.

Die Höhe des Förderbedarfs wird nach den künftigen Richtlinien im Wesentlichen anhand der Kinderzahl im Ortsteil sowie eines Sozialindikators ermittelt. Diese Kriterien sind somit bereits Bestandteil der Bedarfsermittlung. Im vorliegenden Vorschlag werden dieselben Faktoren jedoch ein zweites Mal herangezogen, um zu begründen, weshalb der Bedarf in Borgfeld angeblich nochmals geringer zu gewichten sei. Zugleich wird beim Vergleich mit Horn beim Sozialindikator lediglich das unmittelbare Umfeld des dortigen Freizeitheims betrachtet, nicht jedoch der gesamte Stadtteil.

Mit dieser selektiven Argumentation wird letztlich begründet, den ursprünglich für Borgfeld ermittelten Bedarf dem Nachbarstadtteil Horn zuzuschlagen. Das Ergebnis ist widersprüchlich: Borgfeld erhält nicht einmal die Mittel, die nach der eigenen Bedarfsermittlung des Amtes für den Ortsteil vorgesehen wären. Der Beirat Borgfeld erwartet hier eine konsequente und transparente Anwendung der neuen Bedarfsermittlungsrichtlinien.

Der Jugendhilfeausschuss hat bereits im Vorfeld der Planungskonferenz zu Recht beschlossen, dass Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit definierte Qualitätsstandards erfüllen müssen, um

eine institutionelle Förderung zu erhalten. Nur so kann sichergestellt werden, dass öffentliche Mittel wirksam eingesetzt werden.

Tatsächlich reichen die für Borgfeld ermittelten Mittel allein nicht aus, um eine eigenständige Einrichtung zu betreiben, die diesen Standards entspricht. Daraus kann jedoch nicht folgen, dass die Förderung vollständig entfällt. Der Bedarf der Kinder und Jugendlichen in Borgfeld besteht weiterhin.

Vor diesem Hintergrund wurde in der Planungskonferenz ein konstruktiver Kompromiss vorgeschlagen. Danach sollte der Bedarf Borgfelds haushaltstechnisch dem Träger in Horn zugeordnet werden, dabei handelt es sich – ebenso wie in Borgfeld – um das DRK. Ausdrücklich war vorgeschlagen, dass diese zusätzliche Stelle nicht zur Erweiterung des Angebots vor Ort in Horn verwendet wird. Vielmehr sollte von dort aus das Freizi Borgfeld am bisherigen Standort als Zweigstelle weitergeführt werden – im gleichen Umfang wie bisher. Auf diese Weise könnten beide Einrichtungen gemeinsam die erforderlichen Qualitätsstandards erfüllen. Von diesem pragmatischen Lösungsvorschlag ist das AfSD im vorliegenden Verteilungsvorschlag jedoch abgerückt.

Stattdessen wird vorgeschlagen, Angebote in Borgfeld künftig ausschließlich über sogenannte Projektmittel zu finanzieren. Diese machen lediglich rund 16 Prozent der gesamten Fördermittel aus und sollen zahlreiche kleinere Vorhaben finanzieren. Angesichts der Vielzahl geplanter Projekte ist bereits absehbar, dass die einzelnen Förderbeträge entsprechend gering ausfallen werden.

Es ist offensichtlich, dass auf dieser Grundlage kein Angebot aufrechterhalten werden kann, das auch nur annähernd dem bisherigen Umfang entspricht. Der derzeitige Betrieb des Freizi Borgfeld – drei Tage pro Woche jeweils vier Stunden – wäre damit nicht mehr finanzierbar. Für die Hauptzielgruppe der unter 14-Jährigen gäbe es damit kein adäquates Angebot mehr.

Als Alternative wird im Vorschlag angedeutet, dass Jugendliche aus Borgfeld künftig das Jugendhaus in Horn besuchen könnten. Der Beirat Borgfeld lehnt diese Vorstellung entschieden ab. Ziel einer zeitgemäßen Jugendarbeit muss es sein, junge Menschen in ihrem eigenen Lebensumfeld zu erreichen und ihre Bindung an den Ortsteil zu stärken – nicht sie für Freizeitangebote in den Nachbarstadtteil zu verweisen. Dies ist aufgrund der Weitläufigkeit Borgfelds besonders relevant – Jugendliche aus Timmersloh hätten einen unzumutbaren Anreiseweg.

Zudem würde eine Zusammenlegung der Zielgruppen aus Borgfeld und Horn die bereits bestehende Unterfinanzierung weiter verschärfen. Die vorhandenen personellen Ressourcen würden künftig eine deutlich größere Zielgruppe bedienen müssen. Gleichzeitig wäre kaum vermittelbar, dass ein erheblicher Teil der Mittel des Horner Angebots aus Borgfeld stammt. Dadurch entsteht unnötiges Konfliktpotenzial zwischen Jugendlichen aus beiden Ortsteilen. Verteilungsfragen, die eigentlich zwischen Trägern, Verwaltung und Politik geklärt werden müssen, würden auf diese Weise indirekt auf die Jugendlichen selbst verlagert.

Auch die angenommene Einsparung bei den Gebäudekosten überzeugt nicht. Das Gebäude des Freizi Borgfeld befindet sich im Besitz der Stadt Bremen und wird dies auch künftig bleiben. Es wurde seinerzeit von Familien aus Borgfeld-West finanziert und unterliegt einer entsprechenden Zweckbindung. Eine beliebige anderweitige Vermietung ist daher kaum möglich. Die bisherige Miete wurde aus den Fördermitteln des Freizi Borgfeld getragen. Fällt diese Nutzung weg, entstehen die Kosten weiterhin – lediglich an anderer Stelle im städtischen Haushalt. Im ungünstigsten Fall steht das Gebäude dauerhaft leer. Eine tatsächliche Einsparung entsteht damit nicht.

Der Beirat Borgfeld setzt sich für eine zielgerichtete und effiziente Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ein. Dabei darf die Förderung jedoch nicht ausschließlich an sozialen Indikatoren ausgerichtet werden. Auch in sozial stabileren Ortsteilen benötigen junge Menschen Räume, in denen sie sich treffen, ausprobieren und entwickeln können. Viele Jugendliche brauchen solche Orte als Rückzugsraum und als sicheren Treffpunkt außerhalb von Schule und Familie.

Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, diese Angebote verlässlich bereitzustellen.

Ein vollständiger Wegfall der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Borgfeld wäre daher ein falsches Signal – gegenüber den Jugendlichen im Ortsteil ebenso wie gegenüber den vielen Borgfelderinnen und Borgfeldern, für deren Kinder dieses Angebot wichtig ist.

Der Beirat Borgfeld erwartet deshalb einen überarbeiteten Vorschlag, der den tatsächlichen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen im Ortsteil gerecht wird und die offene Kinder- und Jugendarbeit in Borgfeld dauerhaft sichert.